

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Reichsmarkhundert und vierzig Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreise: drei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Alsterbahnstraße 2 / Fernsprecher 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18641
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreise: die neunmal gepunktete Normalzeile oder deren Raum 2,50 RM, im Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil eines Textes 1,50 RM, längeren Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Alsterbahnstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung der Abonnements

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 12. März 1930

Nummer 60

Youngplanmehrheit! Massensteuern folgen!

Der Verklavungspakt in zweiter Lesung beschlossen / Reillose Unterordnung der SPD unter das Finanzdiktat der Truist-bourgeoisie / Der Weg frei für die Große Koalition auch in Sachsen / Proletarischer Massensturm gegen Youngklaverei!

Youngplan vor dem Reichstag

Berlin, 12. März. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern wurden im Reichstag bei der zweiten Beratung des Youngplans 231 Stimmen der SPD, des Zentrums und der Volkspartei für die Haager Vereinbarungen, 174 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten dagegen abgegeben, 26 Stimmen der Bauernpartei enthielten sich. Für den Artikel 2, der die Nebenabkommen enthält, stimmten 251, dagegen 173, Enthaltungen lühten 25. Außerdem wurden das Reichsbankgesetz, das Reichsbankgesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen in der gestrigen Sitzung angenommen.

In den neuen Verhandlungen zwischen den vier Parteien der Weimarer Koalition (also ohne die Deutsche Volkspartei) einige man sich gestern auf folgendes Finanzprogramm:

1. Auf die Biersteuer wird mit Rücksicht auf den Widerstand der Bauern die Reichssteuer durch Zuschläge zu der bestehenden Reichsbiersteuer eine Biersteuererhöhung zu verschaffen.

Wie wir erfahren, will die Regierungserklärung so bald wie möglich einen solchen Zuschlag zur Biersteuer erheben.

2. Die Kapitalertragssteuer, eine der ganz wenigen Feststeuern, wird für alle festverzinslichen Werte außer Kraft gesetzt, was einen Ausfall von 45 Millionen Mark bedeutet.

Zum Erlös dafür wird der Zinsen- und Zinszuschlag erhöht, wodurch eine Einnahme von 60 Millionen Mark erzielt wird. Zur Ergänzung wird eine Benzolherstellungssteuer eingeführt, die etwa 35 Millionen Mark bringt.

Durch die alle Werkstätten schwer treffende Mineralwassersteuer kommen 40 Millionen Mark ein, während die Selbststeuererhöhung ganze 3 Millionen Mark einbringt. Der Bourgeoisie sollen ihre Genüsse eben nicht gekürzt werden.

Um so schlimmer und konfusionaler ist es, daß die SPD eine Steuer einschneidend erhöht, gegen die sie früher immer das Feuer ihres Angriffs konzentrierte, die Umsatzsteuer, die auf die Waren, auf die Konsumenten abgewälzt wird. Sie wird von 0,75 auf 0,80 vom Hundert erhöht, wodurch ein Mehrertrag von 10 Millionen Mark gesichert ist. Außerdem aber soll von nun an auch zum erstenmal der erste Umsatz nach der Einfuhr der Umsatzsteuer unterworfen werden, was ebenfalls eine Erhöhung der Währungsbelastung um weitere 40 Millionen Mark bedeutet.

Von der Steuererhöhung um 600 Millionen Mark, die im Jahre 1931 in Kraft treten wird, sollen 240 Millionen ausschließlich zur Entlastung und damit fast Liquidierung der Kapitalsteuer, nämlich der Gesellschafts- und Verleumdungssteuer, sowie der Realsteuer der Grundbesitzer (ausgezeichnete Feststeuer), während die übrigen 360 Millionen Mark auf die Entlastung der Einkommensteuer entfallen. Diese wird der Art vorgenommen, daß auch hier den Hauptprofit die großen Einkommen haben.

Dresden, den 12. März.

Die Annahme des Youngplanes, des unerhörten Verklavungspaktes, der das proletarische Deutschland für Generationen in die Felleisn imperialistischer Willkür schlagen will, ist gesichert. Die heute feststehende dritte Lesung wird ihm die endgültige parlamentarische Sanktion geben. Damit wird auch das Krisenmandat der verschiedenen Parteien, die Prüfung mit Reichstagsausführung und Regierungspromulgation wenigstens vorerst ein Ende gefunden haben. Denn entscheidend als Gruppen- und parteipolitische Interessen des bürgerlich-sozialdemokratischen Lagers ist das gemeinsame Klasseninteresse aller im Kampfe gegen die youngplanfeindliche revolutionäre Klassenfront, Reichstagsauflösung und Regierungsgestaltung. Die gegenwärtige politische Verfassung Young-Deutschlands mit noch härterem Exploitationsgefüß und dem wachsenden Einfluß der kommunistischen Partei ein noch härteres Tempo verliehen. Die Bourgeoisie hat das begriffen.

Worum ging es bei dem Krisenmandat der letzten Tage? Das Zentrum als eine Partei, die sich in

Neue rote Betriebsratsstiege

Berliner Gastarbeiter wählen rot / Kommunistischer Wahlsieg in Thüringen

Berlin, 12. März. (Eigene Drahtmeldung)

Die Betriebsratswahl in den Berliner künstlichen Gaswerken endete mit einem vollen Erfolg für die Opposition. Während die Opposition vorher nur fünf Arbeiterratsmitglieder hatte, erhielt sie diesmal mit 2002 Stimmen acht rote Kandidaten im Arbeiterrat. Die Reformisten dagegen haben große Verluste erlitten. Von bisher innegehabten 13 Arbeiterratsstellen verloren sie drei und haben somit nur noch 10 Vertreter im Arbeiterrat.

Dieser Vorstoß der Opposition ist um so höher zu bewerten, als auch hier von der sozialdemokratischen Direktion gemeinsam mit den SPD-Betriebsräten ein beispielloser Terror gegen die Opposition entfaltet wurde.

Weitere Siege roter Listen

Die Betriebsratswahlen bei der Firma Otis in Berlin-Südwest bei Berlin gestalteten sich zu einem Erfolg der Opposition. Von 431 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der Opposition 232 Stimmen, die Liste der SPD 194 Stimmen.

Dieser Erfolg ist besonders zu werten, hatten doch die Sozialdemokraten und Unternehmer durch Maßnahmen aller Art getan, um einen Sieg der roten Liste zu verhindern.

Die Belegschaft der Firma Deonhard Tisch in Chemnitz stellte eine rote Betriebsratsliste auf, den Gewerkschaftsfraktionen gelang es trotz der größten Anstrengungen nicht, eine sozialdemokratische Liste zustande zu bringen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen es ablehnten, auf einer sozialdemokratischen Liste zu kandidieren. Es gilt deshalb nur eine Liste und der rote Betriebsrat gilt als gesichert.

Die Belegschaft der Halleischen Röhrenwerke wählte am Sonnabend ihren Betriebsrat. Abgegeben wurden ohne die Rücksicht 171 Stimmen für die Opposition, 139 Stimmen für die Sozialfaschisten, 9 Stimmen waren unglücklich. Dieses Ergebnis bedeutet nachdrücklich den ungeheuren Terror, der Entlassungen der revolutionären Kollegen und der schwierigen Bedingungen, die für die revolutionäre Arbeit in diesem Betrieb vorhanden waren, einen großen Erfolg der revolutionären Opposition. Die Gewerkschaft, die im vorigen Jahr eine eigene Liste in diesem Betrieb aufstellte und zwei Mandate erhielt, sind diesmal reiflos für die Sozialfaschisten eingetreten, auf deren Liste auch ein Stahlhelmmann figurierte. Zusammen mit den Gelben traten auch die Renegaten der KPD für die sozial-

faschistische Liste ein. Die Arbeiter der Halleischen Röhrenwerke haben damit geschloffen Front des Feindes die revolutionäre Front entgegengesetzt. In allen Betrieben muß jetzt mit verstärkter Kraft die letzte Vorbereitung für den Sieg der roten Listen getroffen werden.

Neuer Wahlsieg der KPD

Am Sonntag, dem 9. März, fanden in Hofenhausen in Thüringen die Stadtratswahlen statt. Es erhielten:

Liste 1: Bürgerl. Vereinigung	337 Stimmen
Liste 2: Gewerbetreibende	157 Stimmen
Liste 3: KPD	244 Stimmen
Liste 4: SPD	102 Stimmen

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1929 verlor die SPD 40 Prozent ihrer Stimmen während die kommunistische Partei ihre Stimmenzahl um über 50 Prozent erhöhen konnte. Wie bei den Betriebsratswahlen in Sachsen ist auch bei diesen Stadtratswahlen, daß die kommunistische Partei trotz der beispiellosen Furcht und dem brutalen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterfront sich unaufhaltsam im Vormarsch befindet.

Niederlage der Sozialfaschisten bei den Chemiewerkern

In der chemischen Fabrik Gullini in Ludwigshafen, die 1700 Mann Belegschaft hat, erhielten in diesen Tagen die Arbeiter des Fabrikarbeiterverbandes eine vernichtende Niederlage. Neben der Schichtarbeit fanden zwei Betriebsratsparlamentarier hinterher statt. Die Sozialfaschisten hatten gleich drei Kandidaten aufgestellt. Da erlitten der Demagoge Schneider, Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes, der Gewerkschaftssekretär Fischer vom DMB und der Sekretär des Feiler- und Maschinenverbandes, Krüger. Beide Verfassungen hatten einen außergewöhnlich starken Beifall aufzuweisen, und unter dem förmlichen Beifall der Arbeiter bestimmten die sozialdemokratischen Vorseher ihre Schandstaten aufgelegt. Beide Verfassungen beschloßen, nur eine revolutionäre Betriebsratsliste aufzustellen. Die drei Vorseher, die gekommen waren, um die Chemiewerker gegen die Gewerkschaftsopposition aufzuheben, bekundeten ihre Niederlage mit der Erklärung, daß sie jetzt eine eigene Liste aufstellen werden. Von den 1600 Arbeitern des Chemiewerkes erklärten sich ganze sechs Arbeiter bereit, auf der Liste der Sozialfaschisten zu kandidieren.

So wie die Chemiewerker in Ludwigshafen, müssen überall die Arbeiter antworten und nur revolutionäre Betriebsratswahlen

weitem Maße auf eine ausgesprochen kleinbürgerliche und proletarische Wählerchaft stützt, verlor sie von Anfang an der Verantwortung all jener Maßnahmen zu entscheiden, die sich im Gefolge der Annahme des Youngplanes gegen die arbeitenden Massen auswirken müssen. Die Koalitionsparteien, vor allem die SPD, sollen gebunden werden. Darum eine kategorische Forderung des Zentrums auf gleichzeitige Verabschiedung von Youngplan und der Finanzreform.

Die SPD wiederum verfolgte die Absicht, der Bourgeoisie unter allen Umständen die Annahme des Youngplans zu sichern, um nach seiner Annahme, also bei keiner arbeiterfeindlichen Durchführung billige Oppositionsmomente durchzuführen zu können. Ohne Mandat und Schminke, brutal und offen brachte demgegenüber die führende Partei der deutschen Bourgeoisie, die Volkspartei, ihren Willen zum Ausdruck. Entweder das Zentrum und vor allem die Sozialdemokratie verpflichten sich auf das Finanz- und Steuerprogramm des Finanzkapitals oder die volksparteilichen Minister treten aus der Regierung aus.

Was ist das Resultat dieser parteipolitischen Wandlungen? Das Finanzkapital, die volksparteilichen Industriemagnaten, haben das letzte Wort behalten. Die Kapitulation der Sozialdemokratie ist vollständig. In den oben

wiedergegebenen Beschlüssen zur Finanz- und Steuerreform ist bereits zum größten Teil das festgelegt, was der Reichsverband der Deutschen Industrie gefordert hat. Um den sozialfaschistischen und ähnlichen „Arbeiterführern“ ihr verbrochenes Verhalten zu erleichtern, hat ihnen die Bourgeoisie die Hindenburgkulturreform abgehoben. Das inoffizielle, diktatorische Eingreifen Hindenburgs verfolgt den Zweck, die schamlose Unterordnung der SPD unter das Diktat des Finanzkapitals hinter „höheren Befehlen“ hinter Hindenburgs Drohung mit dem 9. März zu verbergen. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß nach Einigung zwischen den Koalitionsparteien das Finanz- und Steuerprogramm in der Form eines Ausnahmengesetzes verabschiedet wird. Der Dresdner Anzeiger von heute morgen glaubt das aus, wenn er schreibt:

„Es ist ja auch für die Parteien mit Rücksicht auf ihre Wählerchaft etwas ganz anderes, ob sie einem solchen Finanzprogramm politisch zustimmen, oder ob sie lediglich dulden, daß die Regierung ohne eine direkte Mitverantwortung der Parteien die Hauptlast des Finanzprogramms auf dem Verordnungswege in Kraft setzt.“

Deutlicher kann eine bürgerliche Journalistin den beschuldigten Volksberrug der Arbeiterfeinde nicht enthalten. Wie verbrecherisch die Zustimmung der SPD zum oben mitgeteilten

Massen-Rundgebungen gegen den Hungerfeldzug

morgens den 13. März 9.30 Uhr und 17 Uhr Bürgergarten, Innenhöfe, Wagners Etablissement
10 Uhr im Gasthof Gosselstraße und Gasthof Giesch